

MEINE MEINUNG

Bei Meta fällt - vorerst in den USA - die Zusammenarbeit mit Faktenprüfern, Hassrede-Richtlinien werden überarbeitet. Was bedeutet das für die Gesellschaft, wenn jeder alles behaupten kann?

Text: Hannah Purner

Soziale Netzwerke tragen gesellschaftliche Verantwortung, darüber war man sich bis vor Kurzem noch einig. Deswegen überprüfen im Auftrag von Meta über 80 Organisationen weltweit die Inhalte auf Facebook, Instagram und WhatsApp. Zwei Wochen vor dem Amtsantritt des neuen alten US-Präsidenten Donald Trump schien Meta-Chef Mark Zuckerberg einen Sinneswandel durchlaufen zu haben. Er hatte angekündigt, das Programm der externen FaktenprüferInnen, vorerst in den USA, einzustellen und es durch Gemeinschaftshinweise zu ersetzen. Bekannt ist das bereits von Elon Musks Plattform X. Hier herrscht seit Längerem die Philosophie: Freie Meinungsäußerung über alles, auch wenn die Meinung scheußlich, verletzend und unsittlich ist, auch wenn sie faktisch falsch ist.

Faktencheck ist keine Zensur

Das Korrektiv bilden die NutzerInnen, die sich wie im Boxing einen Schlag-





Auf welche
Faktencheck-
Websites
Verlass ist,
finden Sie auf
www.tt.com

abtausch der Argumente liefern sollen. Das beste Argument gewinnt, so die Idealvorstellung einer deliberativen Demokratie.

Nur funktioniert das in der Realität so nicht, schon gar nicht im digitalen Raum. „Wenn sich zu viele verschiedene Meinungen gegenüberstehen, kann der Post vom System nicht eindeutig eingeordnet werden und wird nicht als Falschmeldung markiert – auch wenn es sich um objektiv nachprüfbare Fakten handelt“, warnt die NGO epicenter.works. Unterm Strich bedeuten Community Notes: „Die Mehrheit hat Recht“, besonders in sozialen Medien ein gefährlicher Trugschluss. Zur Mehrheit zählen nämlich auch hyperaktive Profile, also wenige UserInnen, die überdurchschnittlich viel zu einem Thema posten, oft zu solchen, die polarisieren (sollen). „Soziale Medien sind ein Zerrspiegel“, sagt die Autorin und Journalistin Ingrid Brodnig, „eine Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass Leute etwas sagen



„Ein Raum voll Desinformation und Hassrede ist einer, in dem die gesellschaftliche Spaltung wächst.“

Ingrid Brodnig
Autorin & Journalistin

und andere darauf antworten dürfen. Faktenchecks als Zensur darzustellen, ist fatal. Sie sind Antworten auf nachprüfbar inkorrekte Aussagen. Meinungsfreiheit bedeutet nicht Widerspruchsfreiheit.“

In einer Welt ohne Fakten

Zuckerberg betone die Meinungsfreiheit, weil es ein positives Wort sei, denn „wer von uns schätzt nicht die eigene Meinungsfreiheit? Aber das derzeitige Pochen darauf bedeutet eigentlich, dass Leute andere beleidigen und Falschmeldungen verbreiten können sollen, ohne dass es eine sichtbare Richtigstellung gibt“, erklärt Brodnig weiter.

Faktenchecks abschaffen – da denken viele bloß an die Verbreitung von mehr Desinformation. Doch ein weiterer Punkt fällt schwer ins Gewicht, wenn niemand auf die Äußerungen der NutzerInnen achtet: Hassrede. Beschränkungen sollen insbesondere bei Migrations- und Geschlechterfragen aufgehoben werden. So wurde unter anderem das ausdrückliche Verbot, Frauen als Eigentum oder „Haushaltsinventar“ zu bezeichnen, aus den Hassrede-Richtlinien gestrichen. Ebenso ist es nach den Änderungen erlaubt, im Zusammenhang mit Homosexualität von einer „Geisteskrankheit“ zu sprechen. „Ein Raum, der immer mehr übersät ist von Hassrede und Desinformation, ist keiner, in dem ein gemeinsamer Kompromiss gesucht wird“, warnt Brodnig, „Es ist ein Raum, in dem die Spaltung wächst. Und davon profitieren letztlich die, die absichtlich spalten wollen.“ Desinformation und Hassrede seien Teil der Klaviatur unseriöser Stimmen. Und dazu gehöre kein Geringerer als der zukünftige amerikanische Präsident selbst, mit dem es sich gut zu stellen gilt. Denn wenn jeder alles behaupten darf, sei auch kein einflussreicher Zuckerberg dagegen gefeit.

